

## Stellungnahme zu REACH-Verordnung

Nur bei Abwesenheit von Krieg lassen sich unsere Lebensgrundlagen in Bezug auf Umwelt und Menschenwürde für uns und für unsere Nachwelt bewahren. Dieser Logik muss auf allen Ebenen gefolgt werden. Beispielsweise darf es nicht sein, dass die EU mit ihrer „REACH“-Verordnung (Restriction, Evaluation and Assessment of Chemicals) die Anwendung auch solcher Stoffe verbietet, ohne die sich bestimmte Hochtechnologie-Rüstungsgüter in der EU nicht mehr herstellen lassen.

Das Gegenargument, die jeweiligen Verordnungen ließen ja Ausnahmen für militärische Anwendungen zu, zieht nur sehr bedingt, weil die Hersteller dieser Stoffe von militärischen Produkten alleine nicht leben können und daher ihre Produktion in der Regel einfach schließen werden.

Dies betrifft etwa den aktuellen Fall von PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen), wo alleine die Ankündigung einer Beschränkung schon die Folge hatte, dass der Marktführer in diesem Bereich die Produktion eingestellt hat, was zu Lieferverzögerungen und Unsicherheit führen kann. Gerade bei PFAS betrifft dies ein weites Feld an verteidigungspolitisch Relevanten Produkten. Von wetterfesten Kampfstiefeln, bis hin zu 155mm Artilleriemunition ist alles dabei.

Dazu kommt noch die Problematik mit Alternativen. In sehr vielen Fällen gibt es aktuell keine Alternativen zu PFAS-haltigen Komponenten, oder diese sind extrem komplex. In vielen Fällen würde eine zwingende Substitution auch die Abhängigkeit von nicht-europäischen Ländern erhöhen, da in der EU keine Kapazitäten dafür existieren.

Dies erachten wir gerade in der Zeitenwende, wo es um Vollausrüstung unserer Bundeswehr geht, und in Zeiten in denen die Ukraine militärisch um ihr Überleben kämpfen muss, für einen schweren Fehler.

Ein ähnlicher Fall betrifft Blei in Munition. Nach dem aktuellen Plan der Europäischen Kommission, soll bleihaltige Munition in Sumpfbereichen verboten werden. Auch hier kann das Argument, dass eine militärische Ausnahme verfügt werden kann, nicht gelten. Die damit notwendige Trennung von Produktionslinien für militärische und zivile Verwendung, würde die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vor immense Schwierigkeiten stellen, die mit der Zeitenwende und dem Kapazitätsaufbau nicht vereinbar sind. Auch die Kriegstüchtigkeit Deutschlands wäre damit in Gefahr, da die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Spannungs-/Verteidigungsfall nicht mit den zivilen Produktionslinien auf militärische Munition umstellen könnte.